

## Editorial

**E**s ist sehr früh für Wünsche zum neuen Jahr, und doch möchte ich heute an dieser Stelle schon einmal äußern, was besser werden muss im nächsten Jahr:

Unser Umgang mit der Wahrheit, zwischen Bundesregierung und Partei, zwischen Regierung, Partei und unseren Wählerinnen und Wählern.

War 2002 wirklich nicht das drohende Finanzloch absehbar? Warum habt Ihr in Berlin nicht vorausschauend gewirtschaftet? Warum mussten wir unseren Wählern das Gegenteil von dem erzählen, was uns alle erwartete? Glaubt Ihr wirklich, mit der Wahrheit kommt man nicht weiter?

Es macht mich betroffen zu sehen, wie in diesem Jahr ein Wahlversprechen nach dem anderen kassiert wird. Es macht mich betroffen, dass es dabei viel zu häufig unsere ureigenste Wählerschaft trifft, während es aus verschiedensten Gründen (?) den Besitzenden nicht an den Kragen geht.

Was mich aber am meisten ärgert, das ist, dass von unseren eigenen Leuten, die es doch eigentlich besser wissen sollten, dabei auf Stammtischniveau mit den begrifflichen Keulen der Rechten und Wirtschaftsliberalen noch zusätzlich auf denen herumgedroschen wird, die sich ohnehin nicht wehren (können).

Zur Wahrheit gehört nicht nur, den Kurs zu ändern, sondern auch rational zu erklären, warum dies geschieht!

Hier wünsche ich mir mehr Engagement gerade auf den besseren Plätzen.

*Euer Michael Hüttel*

## Der Hamburger Senat hat keine Mehrheit mehr

Aktuelle Umfrageergebnisse zeigen: Der Hamburger Senat hat keine Mehrheit mehr für sich und seine Politik. Die Erosionen in der Schill-Partei werden weiter gehen und damit das ohnehin fragile Rathausbündnis zunehmend schwächen. Die Frage nach dem Haltbarkeitswert dieses Regierungsbündnisses fordert uns auf, unsere politischen Alternativen deutlich zu machen.



**Inka Damerau, Vorsitzende des Kreises Hamburg-Nord**

*Von Inka Damerau*

Bereits vor der Entscheidung des Landesparteitages für einen Spitzenkandidaten für die kommende Bürgerschaftswahl stand eine Gewinnerin fest: die SPD. In einem zügigen, trotzdem transparenten Verfahren, unter größtmöglicher Beteiligung der Mitglieder wurde das Nominierungsverfahren für unseren Bürgermeisterkandidaten auf dem Landesparteitag am 24. Oktober zum Abschluss gebracht.

In den Wochen davor tourten die beiden Bewerber Mathias Petersen und Thomas Mirow durch die Parteigliederungen, um sich und ihre politischen Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Selbst den Landesparteitag nutzten beide Bewerber

nochmals zu einer abschließenden Präsentation.

### Sechzig Prozent für Thomas Mirow

Der Parteitag entschied sich mit einer eindeutigen Mehrheit für Thomas Mirow als Spitzenkandidaten.

Kopf und Inhalt gehören zusammen, und darum ist es gut, dass auf dem Landesparteitag ein Sofortprogramm verabschiedet wurde.

Für eine Reihe unserer Anträge aus Hamburg-Nord – zur Ablehnung von Studiengebühren für das Erststudium, zum Erhalt der HWP sowie zur Wiedereinführung des Sozialtickets – konnten wir eine breite Mehrheit der Delegierten gewinnen und somit Akzente bezüglich Chancengleichheit und sozialer Standards setzen.

Ein Sofortprogramm ist kein Wahlprogramm, aber es ist eine Botschaft an die Hamburgerinnen und Hamburger: Wir, die SPD, wollen gestalten und haben Alternativen.

## Inhalt

Halbzeitbilanz .....	S. 2
Woche des Gedenken .....	S. 6
Patienteninitiative: Das Interview .....	S. 7
Sozialreformen .....	S. 8
Uniformen?! .....	S. 9
Faires Langenhorn.....	S. 10
Ein Leben für den Nachbar ..	S. 12
Jusoveranstaltung .....	S. 13

### Harzreformen auf dem Prüfstand/

*von Anke Hartnagel*  
Mit Hartz werden wir den großen Brocken an Arbeitslosigkeit in unserem Land hoffentlich bald Stück für Stück abtragen



S. 3

### Wir haben eine gute Chance zu gewinnen/

Interview mit dem Bürgermeisterkandidaten der SPD Thomas Mirow



S. 13

### Herzlichen Glückwunsch, Helmut Schmidt!/ Helmut Schmidt, unser Bundeskanzler a. D., Mitglied im Kreis Hamburg-Nord, wird im Dezember 85 Jahre alt.



S. 16

### Neuer Spitzenkandidat für die Europawahl

Eine weitere Personalie sorgte für Aufregung auf dem Landesparteitag: Knut Fleckenstein konnte sich mit einem knappen Vorsprung gegen unsere derzeitige Europa-Abgeordnete Christa Randzio-Plath durchsetzen. Er führte in seiner Kandidatenrede aus, dass er das Thema Sozialpolitik stärker in den Mittelpunkt rücken möchte. Damit traf er ganz offensichtlich den Nerv vieler Delegierter. Zusammen mit dem Spitzenkandidaten werden wir dafür kämpfen, möglichst viele SPD-Wählerinnen und Wähler zu den Europawahlen im Juni 2004 an die Wahlurnen zu bekommen.

Christa Randzio-Plath wird nach 15 Jahren aus dem Europaparlament ausscheiden. Ihre Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen und ihre politische Gradlinigkeit haben ohne Zweifel Grundlagen auch für soziale Standards in Europa gelegt.

### Mehr Zeit für Kinder

Am 17. November ist die Unterschriftensammlung „Mehr Zeit für Kinder“ gestartet. Für einen Erfolg des Volksbegehrens müssen bis zum 1. Dezember 60.375 Unterschriften gesammelt werden. Wir haben es in der Hand. Jede und jeder kann mitmachen. So gestalten wir Zukunft. ■



**Peter Tschentscher, seit vier Jahren SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord**

## Kommunalpolitik unter dem Bürgerblock-Senat: Halbzeitbilanz der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung vorgelegt

Mit einem Stimmenzuwachs von knapp 2% bei der Wahl 2001 konnte die SPD gestärkt in die kommunalpolitische Arbeit gehen. Anders als im Rathaus erhielt die rot-grüne Kooperation in Hamburg-Nord erneut die Mehrheit.

*Von Peter Tschentscher*

**D**amit verbunden war der Auftrag, die im SPD-Wahlprogramm genannten Ziele weiter zu verfolgen:

- Soziale Stadtteilentwicklung,
- Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum,
- umweltbewusste Verkehrspolitik,
- gepflegte Grünanlagen,
- Wirtschaftsförderung für neue Arbeitsplätze,
- positive Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und Senioren und
- gleichberechtigtes Leben behinderter Menschen

sind wichtige sozialdemokratische Punkte im Kooperationsvertrag von SPD und GAL.

Aber die Rahmenbedingungen haben sich mit der Wahlentscheidung dramatisch verschlechtert: Unter den verstaubten Konzepten des Senats leidet auch Hamburg-Nord: Der Baustopp für eine moderne Stadtbahn und die einseitige Förderung des Autoverkehrs lassen Staus, Lärm und Abgase steigen. Personalabbau behindert den Kundenservice des Bezirksamtes bei der Bearbeitung von Bauanträgen ebenso wie bei Anträgen auf Kindertagesbetreuung. Wichtige Dienstleistungen wie die Renten-, Schuldner- und Insolvenzberatung wurden ganz eingestellt.

### Senat fördert Parteibuchwirtschaft

Immer wieder wird der rot-grüne Bezirk Nord gegenüber anderen Bezirken zusätzlich benachteiligt. Die bisher schwerwiegendste Folge dieser senatsamtlichen Parteibuchwirtschaft stellen die Finanzmittel für die Jugendhilfe dar: Im Jahr 2001 wurden dem Bezirk noch 350.000 DM als Bonus zugewiesen, weil

er im Vorjahr 1,1 Millionen DM bei den so genannten Hilfen zur Erziehung eingespart hatte. 2001 wurden wiederum 800.000 DM weniger ausgegeben, so dass dem Bezirk rund 260.000 DM als Bonus für die Jugendarbeit zustanden. Dieses Geld hat das Jugendamt in Hamburg-Nord jedoch nie erreicht. Es wurde anderen Bezirken überwiesen, die ihr Budget ohne Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage überzogen hatten. Das Bezirksamt Nord erhielt als zusätzliche „Belohnung“ für seinen sparsamen Umgang mit Steuergeldern eine Kürzung bei den Erziehungshilfen um 1,8 Millionen DM (920.000 Euro)!

Nicht weniger empörend sind die Ergebnisse der Senatspolitik in den Bereichen, die CDU und SCHILL im Wahlkampf mit Eifer vertreten haben: Die Haushaltsmittel des Bezirksamtes für die Säuberung und Pflege von Grünanlagen wurden jährlich um 230.000 Euro gekürzt. Die Drogenkriminalität ist in Hamburg-Nord um fast 12% gestiegen. Die Selbstständigkeit der Bezirke und ihre kommunale Gestaltungskraft werden systematisch beschnitten.

Eine Bilanz der SPD-Fraktion nach zwei Jahren Bürgerblock-Senat zeigt, dass es dennoch gelungen ist, die besondere Attraktivität des Bezirks Hamburg-Nord als Lebensumfeld für 280.000 Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und in vielen konkreten Punkten weiter zu entwickeln. Sie macht zugleich deutlich, welche Fehlentwicklungen in unserem Bezirk auf eine verfehlte Senatspolitik zurück zu führen sind. Eine gedruckte Ausgabe der Halbzeitbilanz stellt unser Fraktionsbüro den Distrikten oder interessierten Genossinnen und Genossen gerne zur Verfügung. Sie eignet sich auch zur Weitergabe an Bürgerinnen und Bürger oder Einrichtungen in den Stadtteilen, die sich für die Kommunalpolitik der SPD in Hamburg-Nord interessieren. ■

# Die Hartz-Reformen auf dem Prüfstein

Den Brocken im Harz werden unsere Reformen keinen Millimeter bewegen. Das sollen sie auch nicht. Aber mit Hartz werden wir den großen Brocken an Arbeitslosigkeit in unserem Land hoffentlich bald Stück für Stück abtragen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bei all den notwendig gewordenen Reformen, die wir gerade in Angriff nehmen, ist die Reform des Arbeitsmarktes sicherlich die wichtigste. Denn ob nun Rente, Gesundheit oder Steuern: Die Kassen sind auch deshalb so leer, weil es zu wenig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, die mit Teilen ihres Gehaltes in diese Kassen einzahlen. Wir alle haben also doppelten Grund, auf einen besser funktionierenden Arbeitsmarkt zu setzen. Zum einen, weil Arbeitslosigkeit für die Betroffenen ein bedrückender und frustrierender Zustand ist. Zum anderen, weil es dem Gemeinwesen schlicht besser geht, wenn möglichst viele Menschen in Arbeit sind.

## Nach Hartz I und II jetzt die nächste Stufe

Die ersten wichtigen Reformschritte auf dem Arbeitsmarkt haben wir bereits zu Beginn des Jahres mit den ersten beiden „Hartz“-Gesetzen gemacht. Die Stichworte hierzu lauten Minijobs, Ich-AG, Zeit- und Leiharbeit sowie Personal-Service-Agenturen. Mit den jetzt vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen „Hartz III“ und „Hartz IV“ gehen wir den Weg weiter. Der unions-dominierte Bun-

desrat wird noch zustimmen müssen. Wenn es den Christdemokraten ernst ist mit ihrer Sorge um unser Land, werden sie zustimmen müssen.

## Das Arbeitsamt heißt jetzt Jobcenter

Hinter „Hartz III“ verbirgt sich die Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit und damit auch der Arbeitsämter vor Ort. Dass die Arbeitsämter in Zukunft Jobcenter heißen werden, ist nicht bloß eine Namensänderung. Es geht uns um die schnellere und bessere Vermittlung in Arbeit. Denn wo sich bisher 800 Arbeitssuchende um einen Vermittler gedrängt haben, werden in Zukunft nur noch 75 betreut werden müssen. Vermittlung in Arbeit statt Verwaltung und Finanzierung von Arbeitslosigkeit, das ist es, worauf es ankommt. Dazu gehört auch, dass die typische Ämterrennerei ein Ende hat. Beratung, Förderung und Hilfe für alle Arbeitssuchenden, also auch für die 900.000 erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, kommen künftig aus einer Hand.

## Hilfe aus einer Hand

Bei „Hartz IV“ geht es um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Beide Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert und sind bedürftigkeitsabhängig.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum

für Arbeitssuchende entweder das Sozialamt oder das Arbeitsamt zuständig sein sollte. In Zukunft haben alle Arbeitssuchenden eine Anlaufstelle, die ihnen aus einer Hand Rat und Hilfe auf dem Weg zurück in den Arbeitsmarkt bieten und auch das neue Arbeitslosengeld II auszahlen soll. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II werden in die gesetzliche Sozialversicherung einbezogen. Das bedeutet für die bisherigen Empfänger von Sozialhilfe eine entscheidende Verbesserung. Denn der Bund zahlt für sie die entsprechenden Beiträge in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

Wir vermeiden soziale Härten, indem Wohneigentum, Auto und Altersvorsorge grundsätzlich anrechnungsfrei bleiben. Das heißt, dass über die bisherigen Freibeträge hinaus Vermögen für die Altersvorsorge abgesetzt werden kann. Und zwar mit einem weiteren Freibetrag von 200 € pro Lebensjahr und bis zu einer Höchstgrenze von 13.000 €, wenn dieses auch tatsächlich nicht vor Eintritt in den Ruhestand angetastet werden kann.



## Fördern und Fordern

Solidarität der Gesellschaft mit denen, die keine Arbeit haben, bedeutet meiner Meinung nach aber auch, dass diese sich ebenso solidarisch verhalten müssen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt, muss mit Einschnitten beim Arbeitslosengeld II rechnen. Dabei haben wir den Begriff der Zumutbarkeit sozialvertraglich definiert: Eine Beschäftigung ist nur zumutbar, wenn – falls nötig – die Betreuung von Kindern sicher gestellt ist und das maßgebliche tarifliche Arbeitsentgelt oder das ortsübliche Arbeitsentgelt gezahlt wird.

Ich weiß, dass diese Veränderungen für einige mit spürbaren finanziellen Einschnitten verbunden sind. Dem als Sozialdemokratin zuzustimmen, fällt mir nicht leicht. Wenn wir aber die Reform des Sozialstaates jetzt nicht in Angriff nehmen und dafür sorgen, dass er finanzierbar bleibt, werden wir irgendwann nichts mehr zu verteilen haben.

Mit besten Grüßen

*Eure Anke Hartnagel*

# Wir haben eine gute Chance zu gewinnen

Interview mit dem Bürgermeisterkandidaten der SPD Thomas Mirow

**Nordwind:** Lieber Thomas, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl. Die Unzuverlässigkeit des Senats erforderte eine frühe Nominierung des Spitzenkandidaten. Chance oder Risiko?

**Mirow:** Das hängt von uns ab. Wir müssen uns darauf einstellen, dass das Agieren des Senats noch knapp zwei Jahre dauern kann. Gleichzeitig sollten wir uns darauf vorbereiten, dass das Ganze sehr schnell zu Ende geht. Das Risiko liegt also bei der Regierung. Es darf uns aber nicht passieren, dass noch eine Bombe platzt im Rathaus und die Stadt den Eindruck gewinnt, die SPD sei nicht vorbereitet. Wenn es über die lange Strecke geht, müssen wir uns eng unterhaken. Denn es gibt welche, die mit allen Mitteln werden verhindern wollen, dass die Sozialdemokraten in Hamburg wieder regieren. Die wollen einen Keil zwischen uns schieben.

**Nordwind:** Wie bleiben wir im Gespräch der Stadtinteressen?

**Mirow:** Sicher über konzentrierte, fokussierte Aktionen, wie die Volksgesetzgebung zum Thema Kindertagesheime. Wir müssen unsere Programmarbeit weiter vorantreiben, so wie wir das erfolgreich in den Bereichen „Innere Sicherheit“ und „Bildung“ gemacht haben. Und natürlich über die direkte Kommunikation. Ich werde als Spitzenkandidat viel in der Stadt präsent sein, in den einzelnen Stadtteilen, in den Betrieben, in den sozialen Einrichtungen. Ich werde den unmittelbaren Kontakt zu den Menschen suchen, damit die sich ein Bild machen.

**Nordwind:** Was sind die wichtigsten Themen?

**Mirow:** Die Frage: „Wie sieht meine Zukunft aus, was wird aus meinem Arbeitsplatz?“ Wenn jemand arbeitslos ist, dann will er wissen, welche Chancen er hat, wieder Arbeit zu bekommen. Viele etwas Ältere fragen sich: „Was wird aus meinen Kindern?“ Dazu gehört die Frage, ob unsere Schulen gut genug für die Zukunft vorbereitet sind. – Im Mittelpunkt der Themen stehen aus meiner Sicht der große Bereich „Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung“, der Bereich „Bildung“

und Ausbildung“ und der Bereich „Lebensqualität in den Stadtteilen“.

**Nordwind:** Das Thema „Innere Sicherheit“ steht damit nicht an erster Stelle.

**Mirow:** Das Thema „Innere Sicherheit“ gehört zu dem Aspekt „Leben in der Stadt, Leben in den Stadtteilen“. Nur wenn sich die Menschen sicher fühlen und sie es auch sind, haben sie die Möglichkeit, sich frei zu entfalten. Und umgekehrt gilt: Nur wenn wir Fortschritte machen in der sozialen Integration, wenn wir Fortschritte in



Thomas Mirow im Gespräch

der Integration durch Bildung, wenn wir mehr Beschäftigung erreichen, werden wir die Grundlagen dafür schaffen, dass nicht immer mehr Kriminalität und immer mehr Zerstörung und Verwahrlosung in der Stadt um sich greifen.

**Nordwind:** Welche Anforderungen hast du an die SPD in Hamburg?

**Mirow:** Ich glaube, dass es sehr darauf ankommen wird, glaubhaft zeigen zu können, dass wir in den Bereichen, in denen wir in den zurückliegenden Jahren Gutes geleistet haben, anknüpfen werden. Und dort, wo es zu Fehlentwicklungen gekommen ist, das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen. Das ist nicht nur eine Sache von Parteitag, bei denen man sich „neu aufstellt“, wie man so schön sagt. Es ist eine Sache der Partei, die das auch durchhalten muss. Wir brauchen viel Glaubwürdigkeit im Inhaltlichen, und wir brauchen natürlich auch ein Zusam-

mengehörigkeitsgefühl, eine Solidarität der Partei mit dem Spitzenkandidaten, des Spitzenkandidaten mit der Partei. Und wir brauchen schließlich gemeinsam die Entschlossenheit, den Wechsel wirklich herbeizuführen.

**Nordwind:** Wie wirst du mit Anforderungen und dem Verdruss aus der Partei und Basis umgehen?

**Mirow:** Ich kann sicher nicht alles abfangen oder auffangen, was es an Kritik an der Berliner Politik gibt. Ich habe meinen eigenen Stil und meine eigenen Positionen, darüber ist ja jetzt im Vorfeld des Landesparteitages auch sehr intensiv diskutiert worden. Ich glaube, dass ich für Verlässlichkeit und für Stetigkeit stehe. Das mag in diesem Zusammenhang helfen. Und im Übrigen wird man sich da, wo man nicht in jedem Punkt übereinstimmt, unterhalten müssen, wie man fair damit umgeht. Ich kann weder erwarten, dass die Partei zu 100% meiner Meinung ist, noch wird die Partei erwarten können, dass ich meine persönlichen Überzeugungen ausschließlich nach Mehrheitsbeschlüssen ausrichte.

**Nordwind:** Man traut dir besonders in der Wirtschaftspolitik Kompetenz zu. Wie möchtest du Wirtschaft und Arbeitsplätze nach Hamburg holen?

**Mirow:** Ich glaube, dass man leider keinen Zauberstab dafür hat, sondern dass man sich auf vielen Feldern Mühe geben muss. Strukturell spielen Ausbildung und Bildung die Schlüsselrolle, das ist aber etwas Langfristiges. Im Hier und Jetzt muss man sich kümmern um die Bereiche, in denen es besondere Wachstumschancen gibt: Hafen und Außenwirtschaft und Logistik, die Luftfahrtindustrie, der Bereich Medizintechnik, Biotechnologie und Gesundheits-Dienstleistungen, die Medienwirtschaft. Man muss sich kümmern um einfache Dienstleistungen für diejenigen, die schlechter qualifiziert sind – auch durch das Zusammenfügen von bundespolitischen mit Hamburger Instrumenten, und man muss Infrastrukturprojekte vorantreiben, etwa die Hafencity, um für den Wirtschaftsplatz Hamburg zusätzliche Attraktivität zu schaffen.

**Nordwind:** Gibt es da besondere Projekte, die dir vorschweben?

**Mirow:** Die Hafencity ist ein Kernprojekt, unser Kernprojekt. Henning Vo-

scherau hat es auf den Weg gebracht. Aber sehr wichtig wird auch sein, wie wir weiter Umschlagkapazitäten im Hafen nach der erfreulichen Entwicklung der letzten Jahren schaffen. Wir werden uns um eine abermalige Vertiefung der Fahrrinne in der Elbe kümmern müssen. Dazu gehören auch Verkehrsprojekte wie etwa eine Hafenuferspange, die nach der Entwicklung im Hafen in Altenwerder dringender denn je benötigt wird. Also, wir haben eine Reihe von großen Themen auf dem Tisch.

**Nordwind:** Damit zu dem Projekt des jetzigen Senats: Wachsende Stadt. Ist es ein sinnvolles Ziel, wie es jetzt von CDU, Schill und FDP postuliert wird?

**Mirow:** Ich glaube, man muss sich erstens angucken, was in der Verpackung wirklich drin steckt. Das sind sehr viele Projekte, die der jetzige Senat von uns übernommen hat. Die werden wir nicht deswegen ablehnen, weil sie jetzt von einer anderen Regierung betrieben werden. Es sind unrealistische Elemente darin, die das Leben der Menschen in den Stadtteilen wenig betreffen. Manches wird ge-

macht, was wir als Sozialdemokraten ablehnen – etwa im Hinblick auf die soziale Infrastruktur der Stadt. Insgesamt muss sich dieser Senat an den wirklich erzielten Ergebnissen messen lassen, und da ist festzustellen, dass bezogen etwa auf Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum Hamburg seit dem Regierungswechsel zurück gefallen statt nach vorn gekommen ist.

**Nordwind:** Die Haushaltssituation in Hamburg ist angespannt. Wie werden wir unsere Politik finanzieren können? Was werden wir überhaupt finanzieren können?

**Mirow:** Die Priorität, die wir bei den Themen „Kindertagesheime“ und „Schule“ zum Ausdruck gebracht haben, müssen wir unbedingt durchhalten, also auch finanzieren. Auch da gibt es nur ein Bündel von Maßnahmen, das uns helfen kann. Dazu gehört, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, damit die Steuern wieder stärker fließen. Dazu gehört die Einigung mit der Bundesebene bei der Reform der Gewerbesteuer. Dazu gehört, dass wir private Unternehmen an öffentlichen Un-

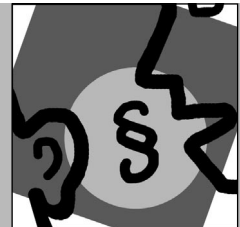
ternehmen beteiligen, wo es sinnvoll und wo klar ist, dass wir die Unternehmen nicht aus der Hand geben. Und dazu gehört sicher auch, dass wir den öffentlichen Dienst immer wieder auf die Fragen prüfen: Gibt es Doppelarbeit etwa zwischen Senat und Bezirksebene, oder gibt es auch überflüssige Vorschriften und Regulierungen, die Arbeit machen und wenig Sinn ergeben?

**Nordwind:** Was sind deine Anforderungen an die Berliner in Bezug auf die Gemeinde-Steuerreform?

**Mirow:** Dort entsteht ja gegenwärtig ein Kompromiss, den ich für gut halte. Dieser Kompromiss stellt sicher, dass sich große Unternehmen der Gemeinde-Wirtschaftssteuer nicht entziehen können. Ich denke, dass das, was jetzt zuletzt im Wege des Kompromisses zwischen den Fraktionen und der Regierungsseite verabredet worden ist, eine gute Grundlage darstellt.

**Nordwind:** Weiteres Thema ist die Frage der Trägerschaft bei Zusammenlegung der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes, Bundesebene oder Stadt. Wie

# Rechtsanwälte Scharf & Wolter



in Hamburg-Barmbek:

**Elmar Böhm**

Strafrecht  
Ausländerrecht  
Arzthaftungsrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Dr. Alexander Scharf**

Arbeitsrecht  
Reiserecht  
Allg. Zivilrecht  
(Interessenschwerpunkte)  
**Beratung auch auf Russisch**

**Gernot Wolter**

Familienrecht  
Erbrecht  
Verkehrsrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62**

in Hamburg-Bergedorf:

**Julia Sartor**

Familienrecht  
Erbrecht  
Verkehrsrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61**

**[www.scharf-und-wolter.de](http://www.scharf-und-wolter.de)**

werden wir das aus Hamburger Sicht machen müssen?

**Mirow:** Aus meiner Sicht ist es richtig, dass der Sachverstand, die Dezentralität der Einrichtungen der Gemeinden und der Städte genutzt werden. Das kann man mit einer Koordinierung und einem Controlling durch die Bundesanstalt oder Agentur für Arbeit, wie sie jetzt heißt, versehen, so dass es auch immer wieder ein vernünftiges Nachschauen gibt, ob die Ziele erreicht werden. Aber die Kompetenz und der Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, die werden aus meiner Sicht weiterhin dringend gebraucht.

**Nordwind:** Ein Volksbegehren soll den Verkauf des LBK verhindern – wie denkst Du darüber?

**Mirow:** Das Volksbegehren gegen den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser richtet sich konkret gegen den Verkauf einer Mehrheit und damit gegen eine zu befürchtende Zerschlagung des Landesbetriebs. Wenn wir regieren und die

Entscheidungen nicht schon so getroffen sind, dass man sie gar nicht rückgängig machen kann, dann sagen wir den Hamburgern zu, mit uns wird es eine Mehrheitsbeteiligung nicht geben. Wir geben den LBK nicht aus der Hand.

**Nordwind:** Auch da kommen große finanzielle Lasten auf die Stadt zu. Wie will man die finanzieren?

**Mirow:** Das ist ein Problem, wir haben aber in anderen Zusammenhängen solche Probleme auch gelöst. Die HHLA hatte auch einen Riesenberg von Pensionsverpflichtungen. Das ist im Laufe von 15 Jahren nach und nach verdient worden, auch dadurch, dass die Unternehmen geringere Erträge an die Stadt abgeliefert haben, und einen solchen Weg muss es dann eben hier auch geben.

**Nordwind:** Als eine deiner Stärken gilt Moderation in Konfliktfällen, z.B. im Konflikt um das Hafenkrankehaus. Wir haben im Moment einen Konflikt, der durch die tollpatschige Art des Senats ausgelöst wurde, nämlich die Bambule-Diskussion.

**Mirow:** In der Tat, wir haben ja manche schwierige Themen in den zurückliegenden Jahren gehabt und dann durch vernünftiges Umgehen miteinander befrieden können. Das war etwa der Konflikt um den ehemaligen jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen, dann das leidige Thema Hafenstraße und eben das Krankenhaus. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist und halte viel von vernünftigen Bemühungen, Lösungen zu suchen und zu finden, die nicht die Gesellschaft spalten, sondern die unterschiedlichen Strömungen, die es in einer großen Stadt eben gibt, zusammenführen.

**Nordwind:** Letzte Frage: Gewinnen wir die nächste Wahl?

**Mirow:** Ich glaube, wir haben eine sehr gute Chance zu gewinnen, wenn wir es miteinander wollen und uns so anstrengen, wie man es eben machen muss, wenn man einen Regierungswechsel herbeiführen will.

*Das Interview führte Martin Gödde für den Nordwind* ■

# Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten!

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch Truppen der Roten Armee befreit. Seit 1996 ist dieser Tag auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Anlass findet auch im Jahr 2004 die „Woche des Gedenkens“ im Bezirk Hamburg-Nord statt.

*Von Heidemarie Herrmann*

Ende Januar/Anfang Februar gibt es im Rahmen der „Woche des Gedenkens“ wieder in zahlreichen Einrichtungen in Hamburg-Nord Veranstaltungen, die an die grauenvollen Ereignisse während der Nazidiktatur erinnern. Das Spektrum reicht von Führungen in der Gedenkstätte Kola-Fu und Gesprächen mit Zeitzeugen über Stadtteilrundgänge und -fahrten bis zu Filmvorführungen im Magazin-Kino (z.B. „Der Pianist“ oder „Der Stellvertreter“) und einer Theateraufführung in der Komödie Winterhude („Empfänger unbekannt“). Im Ernst-Deutsch-Theater wird der Bertini-Preis verliehen. Speziell an Kinder und Jugendliche richtet sich wie in den vergangenen Jahren das Angebot der Bücherhalle

Dehnhaid mit einer Ausstellung von Kinder- und Jugendbüchern zum Thema Nationalsozialismus, der Lesung „Rosa Weiss“ und Zeitzeugengesprächen. Die einzelnen Veranstaltungen, Orte und Termine sind ab Ende Dezember wieder dem Faltblatt der Bezirksversammlung Hamburg-Nord zu entnehmen.

## Hans Saalfeld spricht zum Gedenken

Auf der zentralen Gedenkfeier der Bezirksversammlung Hamburg-Nord am Sonntag, den 1. Februar 2004, wird unser Genosse Hans Saalfeld sprechen, dessen Familie als politisch Verfolgte selbst zu den Opfern des Nationalsozialismus gehört. Das Gedenken an die Opfer muss für uns immer verbunden sein mit der

Mahnung, dass sich die Geschehnisse der Nazidiktatur, Verfolgung und Rassismus nicht wiederholen dürfen, weder in Deutschland noch in einem anderen Land dieser Erde. Die „Woche des Gedenkens“ will daher eine Plattform bilden für das „Erinnern für eine andere Zukunft!“ Gerade auch unter diesem Aspekt ist hervorzuheben, dass sich von Jahr zu Jahr mehr Einrichtungen in den Stadtteilen in unserem Bezirk mit eigenen Beiträgen beteiligen und ein breites Spektrum an Zielgruppen ansprechen. Besonders hervorzuheben sind die Angebote für Kinder und Jugendliche mit Ausstellungen, Lesungen und Zeitzeugengesprächen in Bücherhallen oder mit Filmvorführungen für Schulklassen im Magazin-Kino, zum Teil in Verbindung mit Zeitzeugengesprächen. ■

# Mehr Beteiligung und Mitsprache ...

*Interview mit Kerstin Hagemann, Vorstandsmitglied der Hamburger PatientenInitiative e. V.*

**Nordwind:** Sie haben die Hamburger PatientenInitiative 1984 mit gegründet. Mit welcher Intention taten sie es?

**Hagemann:** Eine Handvoll ehemali-ger Patientinnen und Patienten eines Ham-burger Orthopäden haben gemeinsam für ihre Rechte gekämpft; ohne jede Unter-stützung. Es gab keine Beratungsstelle für Patienten, und wir stießen bei allen Instanzen auf Widerstände und Ignoranz. Als dann die Hamburger Morgenpost dar-über berichtete, meldeten sich innerhalb weniger Tage 200 andere Patienten dieses Arztes. Damit war der sogenannte „Bern-beck-Skandal“ ins Rollen gekommen und die PatientenInitiative gegründet.

**Nordwind:** Wie finanzieren sie sich? Werden sie für Ihre Ziele vom Staat unter-stützt?

**Hagemann:** Die Notwendigkeit un-abhängiger Beratung für Patientinnen und Patienten ist mittlerweile unbestritten, und unsere Arbeit ist über alle Parteigren-zen hinweg geschätzt. Öffentliche Mittel haben wir für die Beratung nur zwischen 1988 und 1995 bekommen. Das bedeutet persönlichen Einsatz, ehrenamtliche Ar-beit und viel Kreativität, um die Ber-atungsstelle am Leben zu halten. Geschä-digte Patienten brauchen kompetente und vor allem verlässliche Begleitung, bis zum Beispiel rechtliche Prüfungen abge-schlossen sind. Diese Bedingungen sind allein mit ehrenamtlicher Arbeit kaum si-cherzustellen.

**Nordwind:** Die Verbraucherzentralen bieten ebenfalls Patientenberatung an. Was

sind die Unterschiede in Ihren Konzepten?

**Hagemann:** Allen geht es um die Stär-kung von Patientinnen und Patienten. Deren Position gegenüber den Akteuren im Ge-sundheitsmarkt ist immer noch so schwach, dass es unbedingt eine Vielzahl von Ber-atungsmöglichkeiten geben muss. Die Ver-braucher-Zentrale kann Rechtsberatung leisten; wir setzen auf individuelle und per-sönliche Beratung. Das ergänzt sich. Auch bei anderen Themen können Bürgerinnen und Bürger zwischen unterschiedlichen Angeboten und Trägern ihre Wahl treffen.

**Nordwind:** Der Patient wird immer mündiger, werden sie deshalb weniger ge-braucht oder mehr?

**Hagemann:** Werden Patienten tatsäch-lich immer mündiger? Im Moment steht doch eher im Vordergrund, dass Eigen-verantwortung damit übersetzt wird, im-mer mehr zur Kasse gebeten zu werden. Der Bedarf an Beratung wächst, denn Patient-innen und Patienten wollen Informationen über die Qualität der Leistungen von Ärzten und Krankenhäusern.

**Nordwind:** Krankenhäuser und nie-dergelassene Ärzte sind in immer stärkerer Konkurrenz und leiden unter finanziellem Druck, merken sie einen Qualitätsverlust?

**Hagemann:** Dieser Druck wird leider oft an die Schwächsten im System weiter gereicht, und das sind die Patienten. Wett-bewerb und ökonomische Zwänge können aber auch Qualitätsanreize setzen. Auf Dauersichern nur eine gute Versorgung und zufriedene Patienten die Zukunft eines Krankenhauses oder einer Arztpraxis.

**Nordwind:** Gestehen Ärzte ihre Fehler inzwischen eher ein?

**Hagemann:** Es gibt noch keine Kultur,

offen über Fehler zu sprechen. Dabei ge-stehen Patienten den Ärzten durchaus zu, dass Fehler passieren und sind gerade des-halb dann enttäuscht und gekränkt, wenn nach einem solchen Ereignis, das sich ja niemand wünscht, geschwiegen und ver-tuscht wird. Mehr Mut ist gefragt!

**Nordwind:** Was raten sie Patienten, die einen Behandlungsfehler vermuten?

**Hagemann:** Der Sache auf den Grund zu gehen, dazu wollen wir ermutigen. Ge-dächtnisprotokoll schreiben, Informationen sammeln, Beratung suchen und Kranken-unterlagen anfordern. Das Gespräch mit den behandelnden Ärzten kann sinnvoll sein.

**Nordwind:** Merken Sie in Ihrer Ber-atungstätigkeit einen Politikwechsel durch den neuen Senat?

**Hagemann:** Schon der alte Senat hat unsere Arbeit nicht gefördert, so dass un-sere Rahmenbedingungen vorher und nachher schlecht waren.

**Nordwind:** Was sind Ihre Forderungen an die Politik?

**Hagemann:** Bürger, Versicherte und Patienten müssen in die Gestaltung des Ge-sundheitssystems aktiv einbezogen werden. Wir brauchen Beteiligung und Mitsprache. Die Strukturen der Patientenunterstützung müssen ausgebaut werden, um denjenigen ei-ne Stimme zu geben, für die das Gesundheits-wesen da sein soll! Die bislang aufgeschobe-ne Strukturreform kann ohne Beteiligung von Bürgern nicht funktionieren.

**Nordwind:** Was erwarten Sie nach ei-nem Regierungswechsel in Hamburg von der Gesundheits- und Sozialpolitik der SPD?

**Hagemann:** Eine Politik, die diese Be-zeichnung verdient.

**Nordwind:** Viele Dank für das Gespräch.

## Betrachtungen zur derzeitigen Bundespolitik

Am Freitag, den 17.10.03, gab es die Abstimmungen zur Gesundheitsreform und zu Hartz III und IV. Zeitgleich wurde auch das Gesundheitsreformpaket vom Bundesrat abgesegnet. Damit steht fest, dass ab 1. Januar 2004 die ersten Schritte in der Gesundheitsreform greifen.

*Von Helga Kuhlmann*

Jeder konnte die wesentlichen Eck-punkte bereits der Presse entneh-men: Ab 1. Januar zahlt man bereits bei einem Arztbesuch pro Quartal eine

Praxisgebühr von 10€, bei Arzneimitteln ebenfalls bis 10 € und bei Krankenhausaufenthalten für einen Zeitraum von 28 Tagen pro Tag 10 €. Dies ist nur der An-fang, denn ab dem 1. Januar 2005 muss sich jeder überdies für Zahnersatzleis-

tungen selbst versichern, ein Jahr später dann folgt die Eigenvorsorge bei Krank-heit. Zusätzlich belastend wirkt für Rent-ner, dass sie ab dem 1. April nächsten Jah-res ihre Pflegeversicherung voll statt bis-her anteilig bezahlen müssen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen sowohl auf die Betroffenen als auch auf die Ärzte, die hier die Praxisgebühren einziehen?

Zumindest steht fest, dass den Versicherten und insbesondere den chronisch Kranken tief in die Tasche gegriffen wird. Das hier abgeschöpfte Geld fehlt vielen Bürgerinnen und Bürgern, um die Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen anzukurbeln. Selbst das Vorziehen der Steuerreform auf 2004 hat lediglich einen ausgleichenden Effekt, was aus einer Tasche herausgenommen wird, wird in die andere Tasche hineingepackt. Ärzte haben angekündigt, den Verwaltungsaufwand für Praxisgebühren den Krankenkassen anzulasten.

Sehr deutlich sind hier die Rentner betroffen, denn sie bekommen keinen steuerlichen Ausgleich, obendrein sind Nullrunden geplant. Das Loch in der Rentenkasse und die alleinige Finanzierung der Pflegeversicherung führen zur Rentenkürzung. Alte Menschen mit kleinen Renten rutschen mehr und mehr in die Armut. Sie sind zusätzlich nach einem langen Arbeitsleben auf Sozialhilfe angewiesen. Eine geplante Rentenbesteuerung würde fast vier Millionen Rentner unter das Existenzminimum drücken.

### **Chancengleichheit für Kinder noch gegeben?**

Der Griff in die Tasche von Familien in Arbeitslosigkeit führt zu drastischer Kinderarmut. Wer arm ist, hat ungleich schlechtere Chancen, sich beruflich weiterzubilden. Für die Kinder gibt es schwierigere Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Eigenvorsorge fürs Alter und bei Krankheit trifft kinderreiche Familien besonders hart, angesichts niedriger Einkommen fehlt zudem das Geld für Erziehung, Schul- und Berufsbildung. Eine wichtige Zukunftsinvestition wird in Frage gestellt.

Besonders verschärfend macht sich die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bemerkbar. Das Leben von der Hand in den Mund ist die Perspektive für die Zukunft der Betroffenen. Es kann hier von niemandem erwartet werden, für seine Altersvorsorge Eigenmittel aufzubringen angesichts drohender Arbeitslosigkeit.

Zum einen fehlt vielen dazu das Geld, zum anderen besteht die Gefahr, im Alter arbeitslos zu werden und die Vorsorge erst zum Teil verbrauchen zu müssen, um Arbeitslosengeld II zu bekommen.

### **Auf dem Weg zu einer Lösung**

Und wie sieht es mit der Nachhaltigkeit der Reformen aus?

Wenn die jüngere Generation davon profitieren soll, muss hier eine langfristige Stabilisierung der Kosten im Gesundheitswesen erfolgen. Die Lohnnebenkosten dürfen nicht steigen.

Der Gedanke, der dahintersteht, ist, dass die Industrie durch sinkende Arbeitskosten neue Anreize zu Investitionen erhält und Arbeitsplätze schafft. Es versteht sich von selbst, dass die Zunahme von Beitragszahlern und im Gegenzug weniger Arbeitslose die Sozialsysteme stabilisieren sollen.

Allein dies wird in einer alternden Gesellschaft nur bedingt zum Erfolg führen. Nicht die Verlängerung der Arbeitszeit löst langfristig die Probleme, sondern eine neue Definition der Leistungssysteme in der Gesellschaft. Die bisher beschlossenen Maßnahmen werden nicht nachhaltig greifen, da hier nur der Faktor Arbeit, das heißt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Geld aufbringen für die sozialen Sicherungssysteme. Weder Politiker noch Beamte partizipieren gleichberechtigt an den Systemen. Es ist an der Zeit, dass auch diese mit gutem Beispiel vorangehen und sich fürs Alter selbst absichern.

### **Wie sieht ein sinnvolles Modell aus?**

Wir haben vor einiger Zeit im Distrikt über ein Modell der Steuerfinanzierung diskutiert. Alle zahlen in dieses System ein, gestaffelt nach ihren steuerlichen Möglichkeiten, auch unsere hochdotierten Volksvertreter. Im Rentenbereich gibt es eine Grundsicherung, die deutlich über der Sozialhilfe liegt. Die maximale Grundsicherung erreicht jemand, wenn er 45 Jahre gearbeitet hat, alle anderen liegen entsprechend ihrer erbrachten Beitragsjahre darunter. Dies ist für die solidarische Akzeptanz von Gerechtigkeit unabdingbar, ansonsten wäre eine angemessene Leistungsbereitschaft des Einzel-

nen nicht gewährleistet. Über eine Zusatzversicherung ist es jedem freigestellt, seine Altersvorsorge zu verbessern. Steuerschlupflöcher und Subventionen für Unternehmen darf es nicht mehr geben.

Wer ins Ausland geht, zahlt wie jeder Europäer anderer Staaten (Frankreich, Großbritannien und Italien) Steuern für seinen Besitz im Ausland ans Heimatland. Warum dies bis heute nicht geschieht, kann niemand mehr nachvollziehen.

### **Steuerfinanzierung statt Gemurkse**

Eine Steuerfinanzierung des Gesundheitswesens hat den Charme, soziale Gerechtigkeit im Bereich von Krankheit nachhaltig zu prägen. Ist jemand krank, so darf er nicht deswegen besser behandelt werden, weil er die finanziellen Mittel dazu besitzt. Das Prinzip, der Stärkere zahlt mehr, der Schwächere weniger, wird von der Bevölkerung als solidarisch angenommen. Länder wie Dänemark, Schweden und die Niederlande kennen derartige Modelle in Abwandlungen bereits. Die Bundesregierung täte gut daran, sich mit solchen Überlegungen und deren Umsetzung zu beschäftigen. Dies wäre eine wirkliche Jahrhundertreform, die auch über Generationen hinweg greifen könnte.

Natürlich kann man in einem Beitrag wie diesem die Regularien nicht detaillieren, dies würde den Rahmen sprengen. Es geht darum, Ansätze aufzuzeigen, die von der Bevölkerung am ehesten akzeptiert werden. Das „Herumschnippeln“ an bestehenden sozialen Sicherungen schafft bei den meisten Menschen große Unsicherheit, und Ungerechtigkeiten in den Leistungssystemen werden nicht beseitigt. Vielen Bundespolitikern ist nicht mehr bewusst, unter welchen Bedingungen Menschen in unserem Land arbeiten und leben müssen.

### **Gegen die Dreiklassengesellschaft**

Wir leben in einer Gesellschaft, die verseucht ist vom Sumpf unsozialer Privilegien bei den Herrschenden, wo zahlreiche Verbände ihre meist egoistischen und ungerechten Interessen ver-



treten. Wir erleben zunehmend, gerade im Bereich der Altersversorgung besonders deutlich, die Ausuferung in eine Dreiklassengesellschaft. Hier Politiker mit sehr hohen Altersbezügen, Beamte, deren Pensionen nach wie vor über dem Durchschnitt der Renten liegen und gebeutelte Rentner, die nach einem Arbeitsleben von 40 bis 45 Jahren kaum wissen, wie sie zurecht kommen sollen.

Die Aufbauleistungen unserer Eltern und Großeltern nach dem Krieg sowie durch die erste Nachkriegsgeneration werden bei der Altersvorsorge mit Füßen getreten. Vielleicht sind die Verfahren der derzeit aktiven Politiker in Berlin preußische Junker gewesen, und das Gedankengut wurde weitergetragen. Ansonsten ist die Entwicklung in eine Dreiklassengesellschaft nicht mehr zu verstehen. ■

## Uniformen für Alte, Frauen und Kinder

Ein weiterer Beitrag zu dem Thema „Gerechtigkeit und Soziales“ in unserer Partei. Genau – unsere Partei. Ich bin ein Teil des Ganzen, genauso wie die Alten, Liberalen, Jugendlichen. Aber das wissen wir ja alle. Nun bin ich eine Frau und bald alt. Zumindest ein Gefühl von „Alter“ ist schon da. Was ich schreiben wollte? Ach ja, wieso Uniformen?

Von Britta Linnemann

Es gab am 17.10.2003 ein Programmforum zu „Gerechtigkeit und Sozialstaat“, und da sprach der Professor Christoph Butterwegge aus Köln über die heutigen in der Politik für Reformen gebrauchten Legitimationskonzepte. So sähe die wirtschaftliche Lage anders aus, als das Gemälde davon gezeichnet würde. Oder die jetzige Diskussion um Reformen hetze „Jung gegen Alt“, „Kinderhaber gegen Kinderlose“ und andere Gruppen gegeneinander auf, und verlören ginge der Punkt „Arm gegen Reich“.

Ja, ja, ja, in allem hat er ja so recht, und ich füge noch hinzu, „ÄrztInnen gegen Kassen“, „PatientInnen gegen Gesundheit“ und vieles mehr.

Was das mit Uniformen zu tun hat? Genauso viel wie „kleine dicke Männer“

# Faires Langenhorn

Mit erfreulich großer Beteiligung hat sich Langenhorn an der bundesweiten „Fairen Woche 2003“ beteiligt. Viele interessierte Gäste haben sich auf Einladung der SPD Langenhorn-Süd über die Notwendigkeit des fairen Welthandels informiert. Gleichzeitig wurden leckere Produkte mit dem Transfair-Siegel getestet. Neben dem Hamburger Fairmaster, einer speziell auf das Hamburger Trinkwasser abgestimmten Kaffeemischung, kam natürlich die Schokolade besonders gut an.

Von Christian Carstensen

Als Gesprächspartnerin konnten wir Cristina Maria Rodriguez aus der Hamburger Partnerstadt Leon (Nicaragua) begrüßen. Sie berichtete insbesondere über die Situation der Straßen-

kinder in ihrer Stadt und ein aktuelles Projekt zum Bau eines kleinen Krankenhauses. Mit viel Eigeninitiative und nur sehr wenigen finanziellen Mitteln wird in Leon versucht, auf diesem Wege wenigstens die notwendigste Krankenversorgung herzustellen. Für viele der Anwesenden ein Anlass zu intensiver Diskussion und vielen Nachfragen.

Dabei tauchte immer wieder die Frage auf, was man selbst von hier aus tun kann, um derartige Armut und Ungerechtigkeit ein wenig zu verbessern. Schon nach kurzer Zeit waren zahlreiche Ideen auf dem Tisch. So sollte zum Beispiel stärker für die Aufnahme von fair gehandelten Produkten in Langenhorner Geschäften geworben werden. Gleichzeitig könnte eine Übersicht über Läden mit entsprechenden Produkten erstellt werden. Auf diesem Wege ist es dann auch für interessierte Kunden leichter, Transfair-Produkte zu finden. Einige engagierte Genossinnen und Genossen werden sich nun darum kümmern, diese Ideen soweit wie möglich umzusetzen.

Insgesamt waren wir sehr zufrieden mit der Resonanz auf die Veranstaltung. Für uns ein Signal, in Zukunft neben der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik auch wieder stärker internationale Themen auf die Tagesordnung unseres Distriktes zu setzen. Das Interesse ist – jedenfalls in Langenhorn – sowohl bei den Genossinnen und Genossen als auch in der Bevölkerung vorhanden.

PS: Noch ist das Krankenhaus nicht fertig. Es fehlt immer noch am notwendigen Geld. Spenden sind daher weiterhin dringend notwendig und herzlich willkommen auf dem:

Spendenkonto: Nicaragua Verein · Stichwort: Naturklinik für Leon, Proj.Nr. 215 Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20 Konto 51137-205. ■

mit sozialer Gerechtigkeit.

Und für die kleinen dicken Männer gleich vorweg. Ihr könnt Euch beschweren, Kanzler werden, Bürgermeister oder ähnliches, ich bin demnächst eine alte Frau und werde mich mit anderen Dingen beschäftigen.

Zum Beispiel dem Wortspiel:

Arzt + Fehler = Kunst

Kunst + Arzt = Fehler

Oder produziert eine Kunst und ein Fehler etwa einen Arzt?

Dieses Wortspiel dürft Ihr, liebe GenossInnen, jetzt selber spielen oder Euch ärgern:

Sozial + Staat = Gerechtigkeit

Demokratie + Sozial = Reform

Kleine + dicke = Männer

Ich freue mich auf zahlreiche empörte oder auch neue Antworten.

PS: Die Meinung der Autorin gibt in jedem Fall das wieder, was ich meinte! ■

# Vierspuriger Ausbau der Sengelmannstraße durch Alsterdorf?

Am 30. Oktober 2003 fand in der Aula der Bugenhagenschule der Ev. Stiftung Alsterdorf eine von etwa 100 Bürgerinnen und Bürgern besuchte öffentliche Anhörung statt, die der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord durchführte.



Von Jörg W. Lewin

Dieses war die frühzeitige Bürgerbeteiligung im Rahmen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Alsterdorf20, der die Rechtsgrundlage bieten soll für den vierspurigen Ausbau der Sengelmannstraße zwischen Alsterdorfer Straße und der U-Bahnbrücke, d. h. direkt zwischen Ev. Stiftung Alsterdorf und der Alsterdorfer Gartenstadt.

Warum ist es notwendig für diesen geplanten Straßenausbau einen Bebauungsplan aufzustellen, und warum hat es der CDU/Schill/FDP-Senat so eilig, dieses Planverfahren durchzuführen?

Vor der Eröffnung der Flughafenautobahn (sog. Ortsumgehung Fuhlsbüttel) und der damit verbundenen, großräumigen Veränderung von Verkehrsströmen hatte die Sengelmannstraße in dem jetzt neu überplanten Abschnitt eine tägliche Verkehrsbelastung von 23.000 Kfz/Tag.

Nach Eröffnung der Flughafenautobahn und einer Eingewöhnungszeit hatte sich bereits im Jahre 2002 die Verkehrsmenge auf ca. 29.000 Kfz/Tag erhöht. Zu dieser Zeit war die Leistungsfähigkeit der nördlichen Sengelmannstraße noch etwas gedrosselt, weil dort neben den zwei allge-

meinen Fahrspuren zwei Spuren nur als Bus- und Taxispuren eingerichtet waren.

Im Sinne der „Freie Fahrt für Autofahrer-Politik“ des CDU/Schill/FDP-Senats wurde diese Beschränkung für den Individualverkehr bald nach dem Regierungswechsel aufgehoben, und nun besteht von der Autobahn A 7 bis zur Alsterdorfer Straße eine durchgehende vierspurige Straßenanbindung. Wie am 30. Oktober die Baubehördenvertreter erklärten, ist es erklärtes Regierungsziel, die dann vierspurige Sengelmannstraße östlich der City Nord durch vorhandenes Kleingartengelände geradlinig bis an den Ring 2 und in die Saarlandstraße zu verlängern. Für diese so geplante „Ersatzosttangente“, später mit Tempo 60 km/h befahrbar, ist es natürlich erheblich „störend“, wenn dazwischen ein zweispuriger Engpass liegt.

Die Baubehörde prognostiziert für die nächsten 10 Jahre einen Anstieg des Kfz-Verkehrs in der mittleren Sengelmannstraße auf 38.000 bis 39.000 Kfz/Tag. Diese Menge wäre dann von einer zweispurigen Stadtstraße nicht mehr zu bewältigen. Auf Initiative der SPD im Bezirk Nord war vom alten SPD/GAL-Senat ein Verkehrskonzept realisiert worden, welches unter Erhalt der Zweispurigkeit in Alsterdorf einen

Ausbau der Verkehrsknoten an der Hebebrandstraße und an der Alsterdorfer Straße/Rathenastraße vorsah, bei Erhalt der Bus- und Taxispur. Damit wäre eine Leistungsfähigkeit von 30.000 bis 32.000 Kfz/Tag erreichbar gewesen, und mehr sollte auch nicht ermöglicht werden, denn eine vollwertige Vierspurigkeit mit gut ausgebauten Knotenwürde auch eine Kfz-Verkehrsmenge von ca. 50.000 Kfz/Tag ermöglichen.

Wird die Sengelmannstraße auf voller Länge vierspurig ausgebaut und in gerader Linie bis zum Ring 2 und in die Saarlandstraße geführt, ist es nur die Frage von wenigen Jahren, bis anstelle der bisher prognostizierten 39.000 Kfz gut 50.000 Kfz/Tag auf der Sengelmannstraße fahren und sich dann insbesondere in den Raum Barmbek fortbewegen. Die Baubehörden-Prognostiker seien nur an die rasante Überschreitung der Elbtunnelprognosen erinnert!

Da der vom Bezirk Nord in seiner politischen Mehrheit nicht gewollte, überzogene Ausbau der Flughafenautobahn schon jetzt deutlich mehr Kfz-Verkehr und damit auch mehr Verkehrslärm gebracht hat, geht nun „die Saat der Autoverkehrsplaner auf“, denn die immer lauter werdende Forderung nach Lärmschutz kann nur erfüllt werden bei ei-



nem wesentlichen Straßenausbau, d.h. einer Verbreiterung von zwei auf vier Fahrspuren.

In dem Abschnitt zwischen Alsterdorfer Straße und der U-Bahnbrücke gilt noch der Baustufenplan von 1951, der 1955 neu festgestellt wurde und planungsrechtlich nur den jetzt vorhandenen 2-spurigen Ausbau der Straße festsetzte. Obgleich eine sehr viel breitere Fläche bereits lange der Stadt gehörte, waren davon bis zu 17 m tiefe Grundstücksteile an die benachbarten Grundstückseigentümer verpachtet, die diese Flächen als tiefe Vorgartenflächen nutzten. Und ohne neues Planungsrecht kann in diesem Abschnitt die Verkehrsfläche nicht verbreitert werden.

So wurde gegen den Willen des Bezirkes auf Veranlassung des Senates das Verfahren zum Bebauungsplan Alsterdorf 20 eingeleitet, der die Rechtsgrundlage zur Verbreiterung der Verkehrsfläche unter Inanspruchnahme der bisherigen Vorgartenflächen bieten soll. Dieser Bebauungsplan wird dann von der CDU/Schill/FDP-Mehrheit in Senat und Bürgerschaft beschlossen werden. Den bezirklichen Gremien Stadtentwicklungsausschuss und Bezirksversammlung obliegt es nur noch, das dafür notwendige Verfahren durchzuführen und somit auch die damit verbundene Bürgerbeteiligung.

Durch die Zunahme des Kfz-Verkehrs beträgt schon heute an den vorderen Wohnhäusern der Alsterdorfer Gartenstadt am Tage ein Schallwert von 65-68db(A), deut-

lich über dem für allgemeine Wohngebiete zulässigen Richtwert von 59 dB(A) tagsüber. Im Rahmen des Straßenausbau ist vorgesehen, den Anliegern etwa 15 Meter von ihrem Vorgarten abzunehmen und dort neben der neuen vierspurigen Trasse eine ca. vier Meter hohe, begrünte Lärmschutzwand mit dahinterliegender kleiner neuer Anliegerstraße zu bauen. Durch diese Lärmschutzwand wird der Lärmwert für die Wohnhäuser bei 39.000 Kfz/Tag auf den Schallwert von 59-62 dB(A) am Tage reduziert (immer noch zu hoch!).

Die Zufahrt zum Heilholtkamp und zum neuen Alsterdorfer Markt in der Stiftung Alsterdorf bleiben erhalten, ebenso die dort neu geschaffene ampelgesicherte Fußgängerquerung. Die gesamten Baumaßnahmen sollen fünf Millionen Euro kosten (wer's glaubt ...), mit dem Bau soll 2005 begonnen werden, und die Fertigstellung ist für 2007 vorgesehen. Die von vielen Bürgern in der Anhörung geäußerte Meinung, welche die grundsätzliche Notwendigkeit zum Ausbau der Sengelmannstraße in Frage stellte, wurde zur Diskussion gar nicht mehr zugelassen, da diese Grundsatzfrage ja bereits von der neuen Regierung entschieden worden sei. Die Bürgeranhörung kann daher nicht Grundsätzliches mehr ändern, sondern nur noch in Detailpunkten Anregungen vorbringen. Dieses wird im Wesentlichen die Frage des Lärmschutzes sein und die damit verbundene Forderung, den Lärmschutz nicht

nach Prognose von 39.000 Kfz zu ermitteln, sondern nach der realen Leistungsfähigkeit der Straße, d. h. mit einem Wert von 50.000 Kfz/Tag. Nachdem der Stadtentwicklungsausschuss noch in diesem Jahr die Anhörung ausgewertet hat, wird die Verwaltung (Stadtplanung im Bezirk und Baubehörde) prüfen, welche Stellungnahmen nochmals zu Varianten und Planüberarbeitungen führen werden, und diese (im Detail) überarbeiteten Planentwürfe mit einer Vielzahl von Behörden und Trägern öffentlicher Belange abstimmen.

Wahrscheinlich im Herbst 2004 wird dann ein neuer Bebauungsplanentwurf vorliegen. Er wird für die Dauer eines Monats im Bezirk öffentlich ausliegen, und jeder Bürger hat die Möglichkeit, hierzu schriftlich Stellung zu nehmen. Die Einwände werden wahrscheinlich Anfang 2005 in den parlamentarischen Gremien beraten und abgestimmt, so dass für den Fall, dass der Plan nicht ein weiteres Mal öffentlich ausgelegt werden muss, wohl im 2. oder 3. Quartal 2005 mit dem Feststellungsbeschluss zum Bebauungsplangerechnet werden kann und ab Ende 2005 die Rechtskraft hergestellt wird. Dann wird der Senat wohl so schnell wie möglich mit dem Bau beginnen wollen, denn nach Rechtskraft des B-Plan können Bürger vor dem Verwaltungsgericht gegen die Planung klagen. Und bevor Verwaltungsgerichte die Rechtskraft des Planes möglicherweise wieder aufheben, möchte ein dann vielleicht noch im Amt befindlicher CDU/Schill/FDP-Senat mit dem Straßenausbau bestimmt schnell Tatsachen schaffen.

Die SPD-Bezirksfraktion wird sich im Rahmen dieser Plandiskussion um Schadensbegrenzung bemühen und einen möglichst guten Lärmschutz für die Anwohner einfordern. Gleichzeitig soll auch eine gute Erreichbarkeit sowohl der Gartenstadt Alsterdorf wie der Stiftung Alsterdorf sichergestellt bleiben, damit das gerade begonnene Aufeinanderzugehen der ehemaligen „Alsterdorfer Anstalten“ mit dem Stadtteil Alsterdorf nicht durch die neue Trennschneise Sengelmannstraße und riesige Lärmschutzwände wieder gestört oder sogar zerstört wird. Und den Weiterbau der Straße bis zum Jahning kann der CDU/Schill/FDP-Senat verfahrenstechnisch in dieser Legislaturperiode ohnehin nicht mehr schaffen, so dass durch eine andere Regierungszusammensetzung nach der nächsten Bürgerschaftswahl diese verkehrsplanerische Katastrophe noch verhindert werden kann.

## Ein Leben für die Völkerverständigung

Am 23.09.2003 wurde der Genosse Franz Roj 75 Jahre alt. Geboren als Sohn eines Slowenen und einer Österreicherin im slowenischen Maribor, trat er schon 1946 der Gewerkschaft bei. Im April 1966 kam er nach Hamburg.

Von Elmar Böhm

Hier schlug er die Brücke zu den deutschen Gewerkschaften, die ihn zum Vertrauensmann für die jugoslawischen Arbeitnehmer machten. In dieser Funktion arrangierte er wöchentliche Beratungsstunden, verhandelte mit Behörden, Arbeitgebern und Zimmervermietern. Seit 1971 auch in unserer Partei engagiert - insbesondere im SPD-Landesarbeitskreis „Ausländerpolitik“ -, war er außerdem Mitbegründer einer Vielzahl jugoslawischer Klubs und Vereine in Hamburg. Als Ausschuss-Vorsitzender des Bundes Jugoslawischer Vereine Norddeutschlands setzte er sich für Völkerverständigung auch in Zeiten ein, als unter den Volksgruppen auf jugoslawischem Boden Krieg herrschte. Für seine Verdienste um die Integration seiner Landsleute verlieh ihm Bürgermeister Henning Voscherau die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“ in Bronze. Auch wenn Franz sein Engagement mittlerweile aus gesundheitlichen Gründen stark reduzieren musste, können wir als Kreis Nord stolz sein, ihn nach wie vor in unseren Reihen zu wissen. ■

## Der neue Nachbar: „SLUICE-CLUB“

Der Jugendhilfeträger „Sozialarbeit und Segeln e.V.“ arbeitet bereits seit über 20 Jahren im Bereich der Jugendhilfe. Angefangen hat alles mit abenteuerepädagogischen Maßnahmen, und zwar mit Segeltörns für junge Menschen. Im Laufe der Zeit hat sich ein breites Spektrum an Betreuungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige entwickelt.

Von Kerstin Völsch

Das Büro von „Sozialarbeit und Segeln e.V.“ befindet sich im Heschredder 85 in Fuhlsbüttel. Seit dem 18. September 2003 hat nun der Verein auch die Trägerschaft für den Jugendtreff neben dem Gemeindehaus St. Marien (vormals „Blaues Haus“) übernommen. In diesem



Im Freizeitbereich des Jugendclubs  
(Foto: Florian Büh)

Zusammenhang erhält der Treffpunkt für Jugendliche einen neuen Namen: „SLUICE-CLUB“. Sluice kommt aus dem Englischen und heißt übersetzt „Schleuse“, in Anlehnung an die benachbarte Alster-Schleuse.

Das Haus wird auch nicht mehr blau bleiben, denn ein neuer Anstrich und erfrischende Graffiti sollen auch die äußere Optik ändern. Das Holzhaus soll einen offenen Treffpunkt für junge Leute aus Ohlsdorf

und Fuhlsbüttel bieten. Maïke Drüen wird die Tür für interessierte Jugendliche öffnen. Sie wird aufpassen, dass nichts passiert und den Jugendlichen bei vielen kleinen und großen Problemen zur Seite stehen. Neben dem „lockeren“ Treff gibt es auch ein festes Programm: Sascha Zink wird an mehreren Tagen in der Woche eine Hausaufgabenhilfe anbieten. Hier kann man zu festen Zeiten vorbeischauen und sich bei schulischen Schwierigkeiten helfen lassen. Joachim Alpers-Thomas wird als Streetworker (Straßensozialarbeiter) im „SLUICE-CLUB“ Infos und Hilfen im Bereich Jobsuche, Ausbildung, Schule und vieles mehr vermitteln. Hierzu gehört beispielsweise auch die Hilfe beim Schreiben einer Bewerbung.

Der SLUICE-CLUB soll auch mit dem Betreuer-Laden des Vereins im Maienweg vernetzt werden. Dieser Ort wird bereits neben offenen Treffs für Aktivitäten wie Internet, Kochen, Basteln und Ähnliches genutzt. Maïke, Sascha und Joachim freuen sich auf viele Besucher.

Folgende Angebote und Öffnungszeiten stehen zur Auswahl:

Offener Treff: Di., Mi., Do., 19 bis 22 Uhr  
Hausaufgabenhilfe: Di., Mi., Do., 14 bis 16 Uhr  
Streetworker: Do., 16 bis 19 Uhr.

Kontaktadresse: Sozialarbeit und Segeln e.V., Heschredder 85, 22335 HH, Tel. 0 40/5 93 96 30 (Herr Weiß). ■

## Gratulationen

### Die Geburtstagskinder im Dezember 2003 bis Februar 2004

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf!)

70 Jahre: Adolf Lange (02.01.), Subrata Datta (05.01.), Marion Düster (14.01.), Horst Schwerin (16.01.)  
75 Jahre: Peter Beck (19.01.), Herbert Nierhaus (26.01.), Inge Doss (15.02.)  
80 Jahre: Frieda Reckwell (08.12.), Gerhard Poppendieker (20.02.), Günther Stuhr (26.02.)  
85 Jahre: Helmut Schmidt (23.12.), Helmut Graul (23.01.), Günther Berndt (26.02.)  
90 Jahre: Paul Bresk (03.01.), Grete Moss (05.02.), Margarethe Ulfert (27.02.)

### Besondere Parteijubilare September 2003 bis November 2003 (ab 50 Jahre Parteizugehörigkeit)

50jähriges Parteijubiläum: Irmgard und Gerhard Oehlenschlaeger (Januar 1954), Jürgen Tamcke (Januar 1954), Adolf Lange (Februar 1954)  
75jähriges Parteijubiläum: Otto Ernemann (Dezember 1928), Martha Niklas (Februar 1929)  
80jähriges Parteijubiläum: Fanny Ullrich (Februar 1924)

Den Jubilaren danken wir für die langjährige Treue, die so manches Auf und Ab in der SPD überdauert hat  
– ohne Euch und Euer Vorbild wäre die Partei ärmer!

# Jusos Nord diskutieren: Vural Öger überzeugt rund 100 Jugendliche

Unter dem provokanten Titel „Wie viel Türkei verträgt die EU?“ trafen sich auf Einladung des Juso-Kreisvorstandes Hamburg-Nord rund 100 junge Hamburger im Haus der Jugendverbände in Uhlenhorst. Sie diskutierten mit dem bekannten türkischen Reiseunternehmer Vural Öger über die Möglichkeiten und Perspektiven einer EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Von GM

Zentrale Fragen waren unter anderem, welchen Beitrag Deutschland bei der Integration leisten kann, welche Schwierigkeiten kulturelle Unterschiede darstellen, welche Vor- und Nachteile sich ergeben und wann die Türkei konkret bereit ist für den Beitritt. „Das Interesse der Jugendlichen an diesem Thema ist enorm! Mit so vielen Gästen haben wir nicht gerechnet“, zeigte sich Uwe Brinkmann, der Juso-Kreisvorsitzende Hamburg-Nord begeistert.

Der Gründer und Unternehmensleiter von „Öger Tours“, der seit 1998 Mitglied der SPD ist, führte zahlreiche Argumente an, die für einen EU-Beitritt der Türkei sprechen

So sei die Türkei eine Bereicherung für alle Europäer, da sich besonders wirtschaftlich Chancen für europäische Unternehmen in der Türkei ergeben. Der finanzielle Nutzen liege bei einem Vielfachen auf Seiten der EU, betonte Öger. Geographische und kulturelle Unterschiede seien von geringerer Bedeutung, da die bereits bestehende europäische Vielfalt auf diesen Gebieten zeige, dass gemeinsame Interessen über Unterschiede hinweg zu einer konstruktiven Arbeit führten.

## Türkei weiter als Rumänien und Bulgarien

Insbesondere der direkte Vergleich zu

anderen Beitrittskandidaten wie Rumänien und Bulgarien zeige den klaren wirtschaftlichen und politischen Vorsprung der Türkei auf.

Besonders sei die Leistung der türkischen Regierung der letzten Jahre hervorzuheben, die Türkei „fit für die EU zu machen“. Des Weiteren würde den türkischstämmigen Menschen in Deutschland gezeigt, dass sie und ihr Heimatland Teil des europäischen Gedankens seien.

## Ögers Beharrlichkeit überzeugte

Öger wick den zahlreiche und kritischen Fragen der Jugendlichen nie aus und belegte durch Fakten und Zahlen international anerkannter Forschungsinstitute die Beitrittsreife der Türkei, auch wenn er realistisch erst mit einer Vollmitgliedschaft des Landes in etwa 15 Jahren rechnet.

Der Juso-Kreisvorstand Hamburg-Nord unterstützt nachdrücklich die Aufnahme der Türkei in die EU und wird sich im Rahmen der Europawahl bei weiteren Veranstaltungen mit diesem Thema beschäftigen.



Vural Öger und Uwe Brinkmann bei der Diskussion um die Mitgliedschaft der Türkei in der EU

## Vural Öger kandidiert für Europa-Parlament

Sein Engagement für die deutsch-türkische Verständigung führte zu vielleicht ganz ungeahnten, neuen Ehren: Unsere Partei bat Vural Öger um seine Kandidatur für die SPD zum Europa-Parlament. Der türkischstämmige Unternehmer wurde auf Platz 10 der Liste gewählt und hat damit einen sicheren Platz in Straßburg.

Auf Platz 1 der SPD-Liste zum Europa-Parlament steht übrigens Martin Schulz, der durch Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi im Sommer für die Filmrolle eines Nazi-Schergen vorgeschlagen worden war. Der folgende Streit bestimmte wochenlang die Medien.

# Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

## Kreisvorstand Hamburg-Nord 2002/2003

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellv. Vorsitzende	Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
u. Mitgliederbetreuung			
Stellv. Vorsitzender	Holger Lange	21075, Am Tie 1	7 90 82 72
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Arbeitswelt	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	
Frauenfragen	Anja Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Organisation	Thomas Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Öffentlichkeitsarbeit (Presse)	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Öffentlichkeitsarbeit (Nordwind)	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Organisation II	Wiebke Gülcubuk	22415, Langenhorner Ch. 122	5 31 94 06/01 77-3 32 33 99
Organisation III	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Jugend	Katharina Kiesslich	20251, Kegelhofstr. 77	41 40 65 50
Senioren	Otto Klauder	22299, Timmermannstr. 16	5 11 94 49
Kommunales	Hede Krüger	22417, Götkenweg 14	5 37 47 67
Öffentlichkeitsarbeit (Internet)	Uwe Voss	22359, Auf dem Rapsfeld 25A	2 70 85 33
Politische Bildung	Andreas Wolf	22145, Hellmesbergerweg 11a	2 70 16 95

## Distrikte

Langenhorn-Nord	Karen Medrow-Struß	22419, Solferinostr. 90	52 68 27 66
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	20251, Geschw.-Scholl-Str. 146	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruch	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61
Jarrestadt	Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Naujoks	22303, Peter-Marquard-Str. 11	2 780 73 13
Barmbek-Nord	Dirk Zieciak	22049, Lengerckestr. 48	69 79 74 21
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22299, Hudtwalckerstr. 27	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Elmar Böhm	22083, Grovestr. 27	22 73 92 50

## Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schmuclach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
JUSOS	Salim Rafat	20251, Kegelhofstr. 77	41 40 65 50
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldedorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
60 plus	Rolf Hohmann	22335, Alsterkrugchaussee 399	50 63 05

## Bürgerschaftsabgeordnete

Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26/4 28 31-13 35
Wilfried Buss	22397, Krempenhege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	22763, Friedensallee 98 A	39 71 71/27 07 02-0
Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
Jan Ehlers	22087, Güntherstr. 51	2 50 73 98/36 43 95
Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09/27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61/51 32 47 14

## Bundestagsabgeordnete

Anke Hartnagel	WK-Büro Hartnagel	22337, Am Hasenberge 44	50 04 83 00
----------------	-------------------	-------------------------	-------------

## Europaabgeordnete

Christa Randzio-Plath	Europa-Büro	20097, Kurt-Schumacher-Allee 10	33 17 44
-----------------------	-------------	---------------------------------	----------

## Sonstige Ansprechpartner

Vorsitzende der Bezirksversammlung	Heidemarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	22395, Immenhorstweg 96	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek-Uhlenhorst	Hans-Werner Nebel	22083, Flachsland 23	4 28 04-50 20
Ortsamtsleiter Fuhlsbüttel	Günter Schwarz	21217, Seevetal, Dirkenhof 5c	4 28 04-40 00

# Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

## Kreisvorstandssitzungen

Die Termine der nächsten Kreisvorstandssitzungen:

Freitag, 12.12.2003, 19 Uhr

Freitag, 09.01.2004, 19 Uhr

Freitag, 06.02.2004, 19 Uhr

Freitag, 05.03.2004, 19 Uhr

Die Sitzungen sind offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und finden in der Regel in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44 statt

## Berlinfahrten

Wir bieten auch im kommenden Jahr wieder Tagesfahrten nach Berlin an. Im Kostenbeitrag von 25 Euro sind Busfahrt, gemeinsames Mittagessen und die Besichtigungen von Reichstag und Willy-Brandt-Haus enthalten.

Termine: 25. Mai, 07. September und 09. November 2004.  
Infos und Voranmeldungen im Kreisbüro unter Tel. 460 30 42

**Achtung:** Zusätzlich planen wir fürs Frühjahr eine Fahrt unter dem Motto „*Nordwind meets Vorwärts*“ mit einer Besichtigung und einem Gespräch bei der Vorwärts-Redaktion. Der genaue Termin steht noch nicht fest – Interessierte melden sich bitte im Kreisbüro und erhalten dann genauere Informationen!

## Kreisdelegierten- versammlung

Die nächste Kreisdelegiertenversammlung wird am Freitag, den 30. Januar 2003 stattfinden.

Schwerpunktmäßig wollen wir uns mit dem Thema „Rentenpolitik“ beschäftigen.

Nicht nur die Delegierten sind hier gefragt – alle Mitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Bitte Ort und genaue Zeit im Kreisbüro erfragen unter Telefon 460 30 42.

Anfang April 2004 wählt dann die Kreisdelegiertenkonferenz unseren neuen Kreisvorstand – den genauen Termin mit weiteren Details findet Ihr im nächsten Nordwind!

## Programmforum „Zukunft der Arbeit“

Das zweite Programmforum der SPD Hamburg-Nord ist für Februar geplant – bitte auf Hinweise im Internet achten oder den genauen Termin im Kreisbüro abfragen!

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet unter [www.spd-hamburg.de/Nord/](http://www.spd-hamburg.de/Nord/) eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikt



## Herzlichen Glückwunsch, Helmut Schmidt!

**H**elmut Schmidt, unser Bundeskanzler a. D., Mitglied im Kreis Hamburg-Nord, wird im Dezember 85 Jahre alt.

Viel liebe sich sagen und schreiben über „den Mann, der einmal Kreisvorsitzender“ war. Aber das haben schon unzählige Andere getan, die dies besser können – Biografien, Laudationes und Artikel beschreiben Helmut Schmidt, sein politisches Wirken und sein Leben. Nach wie vor begleitet und kommentiert er das Zeitgeschehen. Uns bleibt zu sagen: Herzlichen Glückwunsch und alles Gute, Helmut Schmidt! ■

## Schwieger PageDesign

www.schwieger-d.com

### Ihr Internet-Auftritt

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31  
22179 Hamburg  
040 -69 69 25 69  
info@schwieger-d.com



SPD Hamburg-Nord, 22337 Hamburg  
PVSt, DP AG, C 54203 Entgelt bezahlt

**Printmedien**

**Websites**

**Schulungen**

Idee · Konzeption · Gestaltung  
Thomas Biedermann · Grafik-Design · Hamburg  
0 40 / 697 935 25 · www.passkreuz.de



## Mehr Unterstützung für „Mehr Zeit für Kinder!“

Von Kerstin Völsch

**Ü**ber den Inhalt der Kampagne wissen inzwischen alle Genossinnen und Genossen Bescheid. Wenn Ihr den Nordwind in Händen haltet, hat die Kampagne längst begonnen. Viele Mitglieder, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger unterstützen die Aktion durch das Sammeln von Unterschriften. Darüber freuen wir uns. Wir treten hier für eine gute Sache ein, kommen mit unzähligen Menschen (Eltern, Erzieher, Multiplikatoren) ins Gespräch und können im Hinblick auf die nächste Bürgerschaftswahl unser Profil schärfen! Im Wochenblatt ist eine Anzeige erschienen mit den Öffnungszeiten von SPD-Büros und dem Hinweis, dass dort das Volksbegehren unterschrieben werden kann. Die Anzeige haben wir aus euren Spenden finanziert – dafür herzlichen Dank!

Wir werben hier noch einmal um Spenden für die Kampagne. Jede noch so kleine Summe hilft uns bei der Umsetzung dieses wichtigen Projekts!

Unser Spendenkonto:

SPD Hamburg-Nord · Hamburger Sparkasse · Kontonummer 10 10 25 19 06 · BLZ 200 505 50. Eine Spendenbescheinigung wird zu Beginn des nächsten Kalenderjahres automatisch zugeschickt. ■

### Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

#### Redaktionsschluß (Nordwind Nr. 14):

31. Januar 2004. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken:  
Martin Gödde, Eppendorfer Landstr. 269, 20251 Hamburg

✉ Per Mail:  
martin-goedde@t-online.de  
michael.huettel@t-online.de

☎ Telefonisch:  
Martin Gödde, 0 40/4 60 32 75

#### Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 460 30 42  
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de  
www.spd-hamburg.de/ Nord

**v.i.S.d.P.:** Inka Damerau

#### Redaktion:

Dr. Martin Gödde, Michael Hüttel  
**Gestaltung:** Thomas Biedermann,  
www.passkreuz.de

**Druck:** Hein&Co, Hamburg